

## Mitglied werden in der BAG Betrieb & Gewerkschaft

Hiermit beantrage ich meine Mitgliedschaft in der BAG Betrieb & Gewerkschaft gemäß der Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE:

Ja  Nein

Familienname

Vorname

Straße/Hausnummer

Wohnort und PLZ

ggf. Parteifunktionen

Kreis-/Bezirksverband

Telefonnummer

E-Mail

Unterschrift

Ort, Datum

➔ Bitte per Post, FAX oder Mail einsenden, siehe Kontaktdaten.

# & betrieb gewerkschaft

Die BAG Betrieb und Gewerkschaft ist eine Plattform für linke Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter innerhalb unserer Partei. Mit 16 Landesarbeitsgemeinschaften und jährlichen Bundestreffen verfügen wir über eine stabile Struktur.

Wir wollen starke Gewerkschaften und eine starke LINKE. Ebenso wie unsere Partei gewerkschaftspolitische Impulse braucht, um stärker zu werden, brauchen die Gewerkschaften Impulse von links.

Parteiaufbau ist Mitgliederentwicklung, aber auch die Herstellung von Handlungsfähigkeit für jedes einzelne Mitglied ebenso wie für die Gesamtpartei.

Deshalb sagen wir: DIE LINKE darf nicht an der Seite der Gewerkschaften stehen bleiben, sondern muss sich als ihr aktivster Teil verstehen.

### ➔ Kontakt:

BAG Betrieb & Gewerkschaft, c/o DIE LINKE.  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: +49 30 24009 - 265  
Telefax: +49 30 24009 - 480  
✉ [ag.bg@die-linke.de](mailto:ag.bg@die-linke.de)

V. i. S. d. P.: BAG Betrieb & Gewerkschaft c/o DIE LINKE., Jana Seppelt und Jan Richter. Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin. **Druck:** WIRmachenDRUCK GmbH, Mühlbachstraße 7, 71522 Backnang. **Bild:** Susanne Pälmer auf Pixabay, Uwe Hiksby (CC BY-NC-SA 2.0)

[www.betriebundgewerkschaft.de](http://www.betriebundgewerkschaft.de)



# Renten sichern und Altersarmut stoppen!

## **DIE LINKE.** BAG Betrieb & Gewerkschaft

## Renten sichern und Altersarmut stoppen!

Wer von seiner Rente nicht leben kann, muss arbeiten, bis er stirbt. So einfach kann die Rentenpolitik der letzten 20 Jahre auf den Punkt gebracht werden. Deshalb sagen wir: Altersarmut ist kein Einzelschicksal sondern Folge einer Politik, die den Arbeitsmarkt in Unordnung gebracht und das Rentenniveau abgesenkt hat. In der Konsequenz war das die Aufkündigung des Solidarprinzips, das dem Generationenvertrag eingeschrieben war und als Rentenversicherung 125 Jahre lang Bestand hatte. Das sozialpolitische Versprechen war ein solidarisches Miteinander, in dem starke Schultern mehr leisten als schwache und Arbeitgeber zu gleichen Teilen ihren Beitrag zu den Sozialkassen leisten.

Dieser Generationenvertrag ist durch die Rentenreformen von Rot-Grün und der Großen Koalition gebrochen worden. Erst kam die Absenkung des Rentenniveaus, dann die Rente mit 67. Seit Anfang der 2000er Jahre ist das Rentenniveau um zehn Prozent gesunken. Diese Entwicklung führt langfristig dazu, dass selbst langjährige Beitragszahler es immer schwerer haben werden, mit ihrer Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus zu liegen. Im Jahr 2030 wird eine Standardrente nach 45 Arbeitsjahren bei durchschnittlicher Entlohnung insgesamt um ein Fünftel niedriger liegen als 2001. Die Einbußen sollen die Beschäftigten durch private Vorsorge kompensieren. Diese Teilprivatisierung der Rente erhöht nicht nur das Risiko von Altersarmut, sondern entlässt vor allem die Arbeitgeber aus ihrer Verantwortung: So steigen die finanziellen Aufwendungen der Altersvorsorge für die Beschäftigten steigt, während sie für die Arbeitgeber sinken.

Gleichzeitig bedeutet die Rente mit 67 eine zusätzliche Rentenkürzung insbesondere für Berufe, in denen die körperlich anstrengende Arbeit nur schwer bis zum 67.

Lebensjahr durchzuhalten ist: Im Baugewerbe, im Pflegebereich, im Reinigungsgewerbe, in der Gastronomie, im Verkauf. Noch in nahezu allen Bereichen nehmen die Verdichtung und Entgrenzung zu. Jedes Jahr fallen in Deutschland mehr als zwei Milliarden Überstunden an, die Hälfte davon unbezahlt. Es fehlt an Lehrerinnen und Lehrern, an Pflegekräften, an Erzieherinnen und Erziehern, an Sozialarbeitern.

Hinzu kommt, dass das gut bezahlte und unbefristete Normalarbeitsverhältnis für viele Beschäftigte nicht mehr gilt. Nicht nur das Arbeiten im Niedriglohnbereich wirkt sich negativ auf die Rentenerwartung aus. Auch Leiharbeit und Befristungen können zu kurzfristigen Episoden von Arbeitslosigkeit, zu ungewollten Brüchen in der Erwerbsbiografie und damit zu fehlenden Beitragszeiten in der Rentenversicherung führen. Diese Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, die ebenfalls Folge konkreter politischer Entscheidungen sind, erhöhen das Risiko zukünftiger Altersarmut zusätzlich.

### Es geht auch anders: Das Beispiel Österreich

Dass Altersarmut nichts mit demografischen Entwicklungen zu tun hat, sondern eine Frage der Verteilung ist, zeigt ein Blick nach Österreich. Dort bekommt ein Durchschnittsrentner im Schnitt 800 Euro mehr Rente. Der Grund: In Österreich zahlen alle Berufsgruppen in die Rentenkasse ein und die Regierung wendet einen Teil der Steuereinnahmen auf, um soziale Unwägbarkeiten abzufedern.



### Als BAG Betrieb und Gewerkschaft sagen wir:

Die gesetzliche Rente muss wieder zum Zentrum der Alterssicherungspolitik werden und den Lebensstandard im Alter sichern. Dazu muss ein Sicherungsniveau von mindestens 53 Prozent gesetzlich festgeschrieben werden. Die Arbeitgeber müssen wieder paritätisch an den Kosten der Alterssicherung beteiligt werden. Außerdem ist es notwendig, prekäre Beschäftigung, schlechte Löhne und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Denn aus guter Arbeit und guten Löhnen ergibt sich auch eine gute Rente. Die Anhebung des Renteneintrittsalters als 67 Jahre muss wieder rückgängig gemacht und den Beschäftigten flexible Übergänge in die Rente vor dem 65. Lebensjahr ermöglicht werden. Gleichzeitig müssen alle Erwerbseinkommen in die Rentenversicherung eingehen – auch die von Selbständigen, Beamten und Politikern.